Abendausgabe

Nr. 353 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 174

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag
28. Juli 1927

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297

Amerika will große Kreuzer.

Die Rüstungsindustrie macht scharf.

Washington, 28. Juli.

Die Erklärung des britischen Staatssekretärs des Aeußeren Chamberlain über Englands Haltung in der Kreuzerfrage verstärkte hier die Auffassung, daß eine Verständigung unmöglich und eine Vertagung der Konferenz bis 1931 unumgänglich sei.

Im Marineamt wurde angedeutet, daß England an drei für die Vereinigten Staaten unannehmbaren Forderungen festhalte. Amerika könne sich nicht eine kleine Zahl großer Kreuzer vorschreiben lassen, da dadurch infolge des Mangels an Flottenstützpunkten ihr Aktionsradius und damit die Wehrhaftigkeit Amerikas zu sehr eingeschränkt würde. Ein Abkommen, das eine unbeschränkte Zahl kleiner Kreuzer zuließe, wäre wenig zweckvoll, da es dem erstrebten Ziele einer Abrüstung zuwiderliefe. Auch eine Beschränkung auf sechszöllige Geschütze sei unmöglich, da dies England instandsetzen würde, im Kriegsfalle seine vielen schnellen Handelsschiffe zu bewaffnen und zu vollwertigen Kreuzern zu machen. Das aber wäre das Gegenteil von Parität und die offizielle Anerkennung der britischen Ueberlegenheit für alle Zukunft.

Im Staatsdepartement hält man ebenfalls Chamberlains Rede für den Schwanengesang der Konferenz. Man werde übereinkommen, sich nicht zu einigen. An die Zweckmäßigkeit eines vorläufigen Abkommens bis 1931 glaubt man nicht recht, will aber bis nach näherer Prüfung die Möglichkeit dazu nicht ganz von der Hand weisen, denn gerade die nächsten vier Jahre sehen ein größeres Bauprogramm vor. Es wäre zu erwägen, ob eine Baupause vereinbart werden soll. Die Bedenken hiergegen gründen sich auf die Ueberzeugung, daß England in vier Jahren seinen Standpunkt kaum erheblich ändern dürfte.

Trotz dieses Pessimismus über die Konferenz hält man einen Fehlschlag für nicht tragisch, da man an einen Krieg mit England nie gedacht hat, sondern lediglich die Ausgaben für Rüstungen ersparen wollte. Die Regierung zeigte durch die Einberufung der Konferenz ihren guten Willen und schuf sich eine starke Mehrheit in der Volksmeinung, was für die Wahlen 1928 sehr wertvoll ist. Im übrigen will man es dem Ermessen des nächsten Kongresses überlassen, ob aus den Fehlschlag positive Folgerungen gezogen und mehr Kreuzer gebaut werden sollen.

Die Kampagne für eine unnachgiebige Haltung in Genf nimmt zu. Die Eisenindustrie und die Schiffswerften wünschen den Abbruch der Verhandlungen. Nur dann haben die dem Kongreß vorliegenden Bauprogramme Aussicht auf Annahme.

Ein „vielversprechender" neuer Sprengstoff.

Warschau, 28. Juli. (OE.)

Eine Kommission aus Vertretern der polnischen Regierung, der Armee und der „Wissenschaft", beschäftigt sich zurzeit mit der Prüfung der Wirkung eines neuen Sprengstoffes, den sich ein gewisser Zukowski aus Wilna hat patentieren lassen. Der Sprengstoff, der bisher noch keinen Namen trägt, hat nach Meinung von Sachverständigen eine große Zukunft, weil er besonders billig herzustellen ist.

Minderheiten dürfen nicht zu sehen sein!

Deshalb soll das Wahlrecht frisiert werden.

Warschau, 28. Juli. (OE.)

Die schwere Niederlage, welche das Polentum bei den Wahlen in den Landgemeinden Wolhyniens erlitten hat, veranlaßt die „Rzeczpospolita", heftige Vorwürfe gegen die Regierung zu erheben und ihr politische Ungeschicklichkeit vorzuwerfen. Es sei ein Fehler gewesen, die Wahlen in Wolhynien auf Grund des gleichen Wahlrechts zu veranstalten, dadurch sei jetzt die erdrückende zahlenmäßige Ueberlegenheit des nichtpolnischen Elements öffentlich klargelegt worden.

In der Tat bedeuten die Wahlergebnisse in Wolhynien einen bemerkenswerten Sieg der Ukrainer. Diese haben in allen Wahlkreisen die Majorität; im ganzen wurden in Wolhynien 694 Ukrainer gewählt gegen nur 204 Polen.

Ein politischer Ringkampf.

Die Zuschauer kämpfen mit.

Wilna, 28. Juli (OE.)

Wie schroff der Gegensatz zwischen dem herrschenden Polentum und den übrigen Völkerschaften des Wilnagebiets ist, zeigte sich dieser Tage auch bei einer zunächst keineswegs politisch gedachten Sportveranstaltung. Im Wilnaer Zirkus fand ein Ringkampf zwischen dem litauischen Champion Plikatis und dem polnischen Ringer Stöcker statt. Schon als der Litauer gegen den Polen energisch vorging, brach im polnischen Teil des Publikums ein wilder Tumult aus. Als nun Plikatis den Polen niederstreckte, entstand ein furchtbarer Skandal und zahlreiche Polen stürzten in die Arena, um den Litauer anzugreifen. Nach der Darstellung litauischer Blätter benutzte der Pole die allgemeine Verwirrung, um seinen schon siegreichen Gegner in unfairer Weise zu überfallen und niederzuschlagen, was die Polen dann mit stürmischem Beifall begrüßten. Die Blätter beider Parteien besprechen jetzt diesen Vorfall mit größter Erbitterung.

Duce und König.

Ein Herrscher und ein Geduldeter.

Von Dr. Bruno Altmann.

In den fünf Jahren, da Mussolini innerhalb eines dynastischen Rahmens diktatorisch Italien beherrscht, ist das Problem Faschismus und Monarchismus stillschweigend beiseite geschoben worden. Dem Buchstaben nach hat Victor Emanuel III. vollkommen die Souveränitätsstellung behalten, die ihm von der alten parlamentarisch-monarchistischen Verfassung zugewiesen war. Er ist „oberster Kriegsherr", er beruft die Parlamente und löst sie auf, in seinem Namen werden Gesetze erlassen und Urteile verkündet. Bisher hat Mussolini das alles geduldig durchgehen lassen, weil der König doch immer nur von dem einen „Souveränitäts"-Recht Gebrauch machte, seinen Ministerpräsidenten ungestört regieren zu lassen. Außerdem mußte der „Duce" beim König Unterstützung gegenüber den Monarchisten suchen, die mit der tatsächlichen Beeinträchtigung der königlichen Macht unzufrieden waren. Und zuletzt ließ Mussolini die Monarchie unangefochten bestehen, weil die Aufrichtung und Befestigung des faschistischen Systems die Einordnung, Unterordnung oder Abschaffung der Monarchie als Sorge geringeren Grades und späterer Tage erscheinen ließ.

Nun hat Mussolini das Problem wieder aufgegriffen. Er löst es, wie es in der logischen Eigenart des Faschismus, der kein anderes Staatssystem neben oder gar über sich dulden kann, begründet ist: durch die Beseitigung der Monarchie. Bei genauem Zusehen erkennt man, daß die ersten Hiebe gegen sie bereits gefallen sind.

Vor Monaten wurde das Gerücht verbreitet, Mussolini werde sich zum Konsul auf Lebenszeit ernennen lassen. Diesem Gesetz sollte eine Bestimmung hinzugefügt werden, die den jeweiligen Ministerpräsidenten ermächtigt, seinen Nachfolger unter Belassung der gleichen Amtskompetenzen zu ernennen. Damit hätte die zum permanenten Staatssystem erhobene Diktatur der Monarchie den verfassungsmäßigen Raum so völlig entzogen, daß auch ihr rein namhafter Bestand aufhören müßte.

Nun ist diese Nachricht von der amtlichen Presse Italiens zwar als Erfindung bezeichnet worden. Man braucht das Dementi jedoch nicht ernst zu nehmen, denn so hat es Mussolini allemal noch gemacht, wenn er verfassungsrechtliche Aenderungen bedeutenden Ausmaßes durchführen wollte. Er läßt zuerst den Gesetzesplan ankündigen. Die Gegner haben Gelegenheit zur Entrüstung, die Gesinnungsgenossen zur Zustimmung, die kühlen Abwäger zu Diskussionen für und wider. Dann läßt er verkünden, man habe sich umsonst aufgeregt, er denke gar nicht daran, zu tun, was ihm unterstellt wurde. Nach Monaten und mitunter noch später wird der Entwurf doch eingebracht und nun sozusagen in einer leidenschaftsloseren Erörterungssphäre zur gesetzlichen Geltung erhoben. So hat es Mussolini, ein gerissener Psycholog, mit dem Gesetz gegen die nichtfaschistischen Gewerkschaften, mit dem Gesetz gegen die freie Meinungsäußerung in Versammlungen, Vereinen und in der Presse und zuletzt mit dem Gesetz gegen die Freimaurerei gemacht. Den dramatisch wuchtigsten Schlag gegen das alte konstitutionelle System, die Beseitigung der Monarchie, bereitet er nun genau so vor.

Mit diesem Unternehmen kehrt Mussolini zu seiner ursprünglichen Haltung gegenüber der Monarchie, wenn auch von ganz anderen Gesichtspunkten und persönlichen Antrieben geleitet, zurück. Es sind jetzt nahezu 27 Jahre her, seit Umberto, der Vater des Königs Viktor Emanuel, ermordet wurde. Der Attentäter wurde von der europäischen Presse mit ganz wenigen Ausnahmen hart verurteilt, von den Sozialisten Italiens geradezu verflucht. Da erschien in einer oberitalienischen Wochenschrift ein Gedicht, das in den Gedankengängen der alten „monarchomachischen" (fürstenfeindlichen) Literatur den Mord an Umberto rechtfertigte, ja stellenweise sogar verherrlichte. Der Schulmeister Benito Mussolini hatte es verfaßt. In der Schweiz tobte sich Mussolini in vielerlei Richtungen aus: als Landstreicher, als eifriger Streikorganisator, als halber Anarchist und wurzelloser Bohemien. Am fanatischsten war er aber als Internationalist und Antimonarchist. „Es gibt zwei fluchwürdige Worte in den Lexikons aller Sprachen," schrieb Mussolini im Genfer Blatt „Le Peuple", „das sind die Worte Königtum und Vaterland."

Bei aller Durchmauserung zum schroffsten Reaktionär hat Mussolini die kritische Einstellung zur Monarchie beibehalten. Auf dem berühmten „Marsch gegen Rom" war er noch Republikaner und der König glaubte zunächst an seinen Sturz, als die Faschisten anrückten. Als Mussolini zwei Stunden vor Rom stand, erboten sich die Generäle Budoglia und Capello, die anrückenden Faschisten mit einer zuverlässigen Division in alle Winde zu zerstreuen und dem Regiment dieser Machtgierigen für immer ein Ende zu bereiten. Der König schwankte. Da ließ Mussolini in feierlicher Botschaft verkünden, daß die Monarchie für ihn und Italien ein „unantastbares Heiligtum" bleiben werde. Damit hatte er den König gewonnen. Fortan blieb Mussolini ein Lippenbekenner der Monarchie. In ihrer Verteidigung verstieg er sich sogar zu ganz mystischen Gedankengängen und wurde bald ein eifrigerer Befürworter des Gottesgnadentums als Wilhelm der Ehemalige von Preußen.

Vor kurzem ist Capello der Prozeß gemacht worden. Unter der Beschuldigung der Anstiftung zum Mord. Seine

---

Deutschlands Forderungen an Frankreich.

Vorbedingungen des Handelsvertrags.

Paris, 28. Juli. (WTB.)

Ueber die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen glaubt das „Echo de Paris" mitteilen zu können, von deutscher Seite werde für den Abschluß des Handelsprovisoriums gefordert, daß Deutschland in der Frage der Ernennung der Konsuln die gleiche Behandlung wie die anderen Länder erfahre. Dadurch würde es wieder das Recht erlangen, im Elsaß und in Lothringen Konsuln zu ernennen. Außerdem verlangt Deutschland die Abschaffung des zwölfprozentigen Aufschlages auf deutsche Waren bei der Einfuhr nach Marokko, eine Forderung durch die die Klausel des Friedensvertrages über Marokko abgeschwächt oder ganz hinfällig würde. Dabei handle es sich hauptsächlich um Artikel 143, der verhindern solle, daß sich im Scherifenreich wieder deutsche Interessen bilden. Außerdem glaubt das Blatt mitteilen zu können, daß das deutsch-französische Handelsprovisorium etwa 400 bis 500 Positionen (Zollherabsetzungen und -bindungen!) enthalten werde.

Das amtliche Telegraphenbureau bemerkt dazu: Wenn es zu einem Handelsabkommen von längerer Dauer zwischen Deutschland und Frankreich kommt, so ist es eine Selbstverständlichkeit, daß Deutschland grundsätzlich auf einer Gleichbehandlung mit anderen Ländern bezüglich der Ernennung von Konsuln besteht. Dabei kann es einer besonderen Verständigung vorbehalten bleiben, in welchem Umfange und wann Deutschland von diesem grundsätzlichen Rechte in Elsaß-Lothringen Gebrauch machen wird; aber irgend welche grundsätzliche Differenzierung würde den Abschluß eines Handelsabkommens unmöglich machen. Ebenso selbstverständlich ist es, daß bei einer umfassenden Regelung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern die Differenzierungen wegfallen, denen die deutsche Betätigung in den französischen Kolonien, auch in Marokko immer noch ausgesetzt ist.

•

Die deutsche Regierung bestätigt somit, daß in den gegenwärtigen Unterhandlungen den Nebenfragen wie der Handel mit Marokko und die Abgrenzungen des Rechts auf konsularische Vertretung eine entscheidende Bedeutung beigemessen wird. So erwünscht es wäre, wenn auch in diesen Punkten eine Annäherung erfolgt, so vermögen wir doch nicht einzusehen, daß unter Umständen an diesen für ein vorläufiges Abkommen wirklich unwesentliche Fragen das Vertragswerk scheitern soll. Geschieht das, so ist anzunehmen, daß auf beiden Seiten auch diesmal wieder einer Verständigung Hemmungen bereitet werden, die sich nicht mit sachlichen Gründen, sondern höchstens mit diplomatischen Prestigegründen rechtfertigen lassen.

Hergt vor den Schweden.

Eine Rede an die schwedischen Journalisten.

Wie wir bereits berichteten, ist eine größere Anzahl schwedischer Journalisten, darunter auch mehrere Sozialdemokraten, gegenwärtig in Deutschland, um Land und Leute, die Wirtschaft und das kulturelle Leben kennenzulernen.

Am Mittwoch veranstaltete der Reichsverband der Deutschen Presse für die Gäste einen Begrüßungsabend, an der u. a. auch der Reichsjustizminister Dr. Hergt in seiner Eigenschaft als Vertreter des Reichskanzlers teilnahm. Hergt suchte den Gästen die Schwierigkeiten klar zu machen, die Deutschland noch immer, trotz scheinbarer wirtschaftlicher Blüte, die zu überwinden habe. Dabei besaß er den Geschmack, etwa folgendes einfließen zu lassen:

> In der Innenpolitik zeige sich **unter der Präsidentschaft Hindenburgs und unter der jetzigen Regierung das Bestreben, für die großen Aufgaben der Zeit in friedlichem Ausgleich der Gegensätze praktische Lösungen zu finden.**

Das heißt nichts anderes, als daß unter der früheren Präsidentschaft und unter den früheren Regierungen der Republik das „Bestreben, praktische Lösungen zu finden", nicht vorhanden gewesen sei.

Die schwedischen Gäste gingen in ihren Antwortreden über diese aufdringliche deutschnationale Reklamerede mit vornehmer Nichtbeachtung hinweg. Sie zeigten auch den deutschen Journalisten, die immer devotest von „Ew. Exzellenz" sprachen, wie man würdig genug auch einen deutschnationalen Minister aus der Kaiserzeit schlicht und einfach mit „Herr Minister" oder „Herr Vizekanzler" ansprechen kann. Aber in der untertänigen Unterwürfigkeit lassen sich die Deutschen noch weniger übertreffen, als in anderen Dingen.

Graf Westarp erklärt durch TU., seit Jahren nicht in England gewesen zu sein. Er kann das politisch Wichtige jedoch nicht abstreiten, daß er durch ein Interview in England Anbiederungsversuche gemacht hat und dabei abgeblitzt ist.

An den englischen Flugmanövern nehmen 200 Militärflugzeuge teil. Sie dauern fünf Tage.

Verurteilung ist ein Justizverbrechen sondergleichen. Man hat es begangen, um den Mann zu treffen, der sich einst zum Schützer des bedrohten Königs aufwarf. Budoglia wäre es ebenso gegangen, wenn er sich nicht ins Ausland begeben hätte und dort geblieben wäre. Die verspätete Rache an Capello war nur ein erster Streich gegen die Monarchie selber, dem andere folgen werden. Der Duce will herrschen. Der mit dem Gottesgnadentum bekleidete König ist eine Puppe in seinen Händen. Wenn er sie nicht mehr braucht, wird er sie fortwerfen.

Wird Hergt parieren?

Die „Deutsche Zeitung" befiehlt ihm Intervention zugunsten Roßbachs.

Die „Deutsche Zeitung" erhebt ein wehmütiges Geschrei darüber, daß man den Putschisten Roßbach „mitten aus seiner verdienstvollen (?) Tätigkeit am Plauer See" herausgerissen und wegen der Erschießung von linksgerichteten Personen im Kapp-Putsch verhaftet hat.

Sie teilt mit, daß der völkische Anwalt Bloch, Roßbachs Verteidiger, sich „an das Reichsjustizministerium mit der Bitte um Intervention gewandt hat, da nach seiner Auffassung das Verfahren in Schwerin durch die Reichsamnestie miterledigt sei."

Das Blatt fügt hinzu:

„Die Stellungnahme des Reichsjustizministeriums in dieser Angelegenheit ist noch nicht bekannt, doch kann sie **selbstverständlich in keiner Weise zweifelhaft** sein und nur die sofortige Wiederentlassung Roßbachs aus der Haft bringen."

Man beachte den befehlshaberischen Ton, in dem das Organ des rechten Flügels der Deutschnationalen den deutschnationalen Reichsjustizminister Hergt auffordert, bei der Mecklenburger Regierung zu intervenieren und die Freilassung Roßbachs zu erwirken.

Man darf auf die Entscheidung Hergts gespannt sein. Wird er Order parieren und auf Befehl seiner Parteifreunde der Mecklenburger Justiz in den Arm fallen? Die „Deutsche Zeitung" scheint ihrer Sache überaus sicher zu sein. Es kann für sie „nicht zweifelhaft" sein. So spricht man nur, wenn man einen Mann „an der Strippe" hat.

Wenn es sich um Bayern handeln würde, dann würde das Reich mit Entsetzen den Gedanken zurückweisen, in die „Justizhoheit der Länder" einzugreifen. Aber dem kleinen Mecklenburg gegenüber, besonders seitdem es wieder republikanische regiert wird, ist wohl so etwas ohne weiteres erlaubt. Unter der mecklenburgischen Rechtsregierung wäre allerdings eine solche Intervention gar nicht nötig gewesen, denn wegen im Kapp-Putsch begangener Mordtaten würde Roßbach gar nicht verfolgt worden sein. Dies umso weniger, als die Rolle des früheren mecklenburgischen Ministerpräsidenten v. Brandenstein beim Kapp-Putsch eine höchst bedenkliche war.

Die Verteidiger Roßbachs berufen sich darauf, daß er nur Unterführer im Kapp-Putsch gewesen sei, und diese seien alle amnestiert. Es ist schon klargestellt worden, daß sich die — überaus bedauerliche — Amnestie nur auf die politischen, nicht auf die gewöhnlichen Verbrechen bezog.

Die Rechnung der Reaktionäre ist sehr einfach: die Unterführer soll man ungeschoren lassen und die wenigen Oberführer, die von der Amnestie ausgenommen hat, beziehen von der Republik hohe Pensionen: siehe Lüttwitz und Jagow.

Für diese erbärmliche Justizkomödie, die mit den Schuldigen der Kapp-Tage aufgeführt worden ist, sind vor allem die Deutschnationalen verantwortlich. Würde Hergt den Befehl der „Deutschen Zeitung" nicht ausführen, dann riskierte er daher, daß die Freunde Roßbachs ihm entgegenhalten:

„Wie können Sie, Herr Reichsjustizminister Hergt, es ablehnen, sich für einen verfolgten Kapp-Anhänger einzusetzen? **Wo Sie doch selbst, Herr Hergt, am 13. März 1920 es abgelehnt haben, öffentlich von Kapp und Lüttwitz abzurücken, als Sie darum ersucht wurden! Und wo ihr Kollegen im jetzigen Kabinett, Herr von Keudell, als Landrat mit den Putschisten gemeinsame Sache gemacht und den Abwehrstreik der Republikaner mit allen Mitteln bekämpft hat?"**

In der Tat, Hergts Entscheidung kann kaum zweifelhafter sein.

Bayerisches Reichswehridyll.

Die Peitsche bei der Rekrutenausbildung.

Vor dem Schöffengericht Erlangen hatte sich der 24jährige Leutnant Theodor Meyer der Ausbildungsbatterie des 7. Reichswehrartillerieregiments wegen siebenmaligen Vergehens der Mißhandlung von Untergebenen zu verantworten. Der Angeklagte hat im Verlaufe des April und Mai bei der Erteilung des Reitunterrichts, unter Verwendung der langen Bahnpeitsche, deren Gebrauch von der Heeresleitung verboten ist, nicht nur die Pferde, sondern auch die Reiter durch Schlagen über Kopf, Rücken und Hände „ermuntert". Außerdem zog er einen Soldaten vom Pferd und schlug ihn mit der flachen Hand ins Genick. Einen anderen Soldaten schlug er mit dem Peitschenstiel über den Rücken. Die Mißhandlungen des Angeklagten waren derart, daß die Soldaten bei der Gerichtsverhandlung erklärten, daß sie mit Grausen in die Reitstunde gingen, denn beim Unterricht ging es drunter und drüber. Der junge Leutnant konnte in der Reitstunde schalten und walten, wie er wollte, denn sein Vorgesetzter hat sich um den Dienst nicht gekümmert. Mit acht Tagen geschärften Stubenarrest wurde die rohe Handlungsweise des Leutnants vom Gericht gesühnt.

Man fragt sich, welche Strafe wohl gegen einen Soldaten ausgesprochen worden wäre, wenn ein solcher sich den Mißhandlungen des Leutnants auch tätlich widersetzt hätte. Herr Geßler kann auf seinen Leutnant Meyer stolz sein und sich über „das große Verständnis" des bayerischen Gerichts freuen.

Der Fememord an Wachtmeister Legner.

Weitere Nachforschungen nach der Leiche in Döberitz.

Während es bis vor kurzem noch schien, als wenn die Voruntersuchung gegen Nikolai Reim wegen des Fememordes an Wachtmeister Legner demnächst geschlossen werden könnte, sind nach der VS.-Korrespondenz in der letzten Zeit erneute Ermittlungen zur Auffindung der Leiche Legners eingeleitet worden. Demnach scheinen die Untersuchungsbehörden unter allen Umständen daran festzuhalten, daß zur Durchführung dieses Verfahrens auch die Leiche des Opfers sichergestellt werden müsse, damit aus ihrem Befund Schlüsse hinsichtlich des Herganges der Tat gezogen werden können.

Der Hauptangeschuldigte Reim behauptet bekanntlich, bei der Ermordung Legners auf dem Truppenübungsplatz Döberitz lediglich zugegen, aber nicht beteiligt gewesen zu sein. Seine Angaben über den Ort, wo die Leiche verscharrt wurde, haben sich bisher insofern als unzutreffend erwiesen, als bei Nachgrabungen trotz eifrigsten Suchens nichts gefunden wurde. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß eine genaue Bezeichnung dieses Ortes für alle Beteiligten auch bei bestem Willen nicht leicht ist, weil Legner, ähnlich wie der Schütze Pannier, in einem Loch, das in einem alten Uebungsschützengraben ausgehoben wurde, verscharrt worden ist. Die schwarzen Formationen, die damals in Döberitz lagen, haben in jener Gegend mehrere Schützengräben ausgehoben, die dann wieder zugeschüttet wurden, und später ist dieses Gelände auch von der Reichswehr zu Stellungsübungen benutzt worden, so daß heute kein Mitglied dieser Formationen mehr genaue Angaben über den Lauf des betreffenden Grabens machen kann.

Dieser Tage hat nun wieder eine Gegenüberstellung zwischen Reim und dem in der Sache Pannier abgeurteilten Feldwebel Stein stattgefunden, der seinerzeit ziemlich genaue, mit den Bekundungen anderer Zeugen sich deckende Angaben über den Ort der Tat in der Nähe des ehemaligen Fliegerlagers auf dem Truppenübungsplatz gemacht hat. Daraufhin werden nun voraussichtlich weitere Nachgrabungen erfolgen. Bleiben sie wieder erfolglos, dann dürfte nichts anderes übrig bleiben, als das ganze Geländestück von etwa 80—100 Meter im Quadrat systematisch etwa 2 Meter tief umzugraben, um so auf die Ueberreste Legners zu stoßen. Unter diesen Umständen läßt sich zurzeit noch nicht absehen, wann die Voruntersuchung in diesem Fall geschlossen werden kann.

Prozeß gegen georgische Sozialdemokraten.

Vor einem Justizmord?

Vor dem Obersten Gerichtshof in Charkow begann kürzlich der Prozeß gegen eine Anzahl georgischer Sozialdemokraten. Die Zentralfigur des Prozesses bildet Andschaparidse, der als Abgesandter des Auslandsbureaus der georgischen Sozialdemokraten in Paris nach Rußland gekommen war, um hier die Beziehungen zum Zentralkomitee der georgischen Sozialdemokraten aufzunehmen und die Organisation auszubauen.

Die ersten drei Tage des Prozesses waren mit der Vernehmung Andschaparidses ausgefüllt. Er hatte sich nicht allein wegen der Tätigkeit der georgischen Sozialdemokratie seit Oktober 1917, sondern auch wegen der Gesamtpolitik der menschewistischen georgischen Regierung, selbst wegen deren Auslandspolitik zu verantworten. A. leugnet nicht den wahren Zweck seiner Rückkehr nach Rußland und verteidigt die Taktik seiner Genossen sowohl in der Zeit, als sie die Regierung des unabhängigen Georgiens inne hatten, als auch nach der Aufrichtung des Sowjetregimes in Georgien.

Unter anderem wird dem Angeklagten zur Last gelegt, daß die sozialdemokratische Regierung Georgiens seinerzeit die Bauernaufstände mit scharfen Mitteln unterdrückt habe. Dieser Vorwurf erscheint um so eigenartiger, als ja bekanntlich die bolschewistische Regierung selbst in der blutigen Niederwerfung von Bauernaufständen Ungeheuerliches geleistet hat. **Auf die Frage des Staatsanwalts erklärte er, daß die georgische Sozialdemokratie im Augenblick gegen einen Aufstand sei und daß sie im Falle einer Intervention auf seiten der Sowjets wäre, um die Wiederherstellung der Monarchie in Rußland zu verhindern.**

Zum Beweise dafür, daß die Tätigkeit der georgischen Sozialdemokraten ein Verrat an der Arbeiterschaft und am Bauerntum bedeutet habe, beantragte der Staatsanwalt, eine Reihe von Büchern kommunistischer Autoren, darunter auch eins von Trotzki, zu den Akten zu nehmen. Das Gericht beschloß demgemäß. Die Angeklagten protestierten gegen diesen Beschluß. Es sei unzulässig, erklärten sie, Meinungen von Vertretern einer ihnen feindlichen Partei als gerichtliches Beweismaterial gegen sie zu verwenden, um so mehr, als sie Werke, die den entgegengesetzten Standpunkt vertreten, nicht herbeischaffen können, da sie illegal sind.

Bereits die ersten Tage des Prozesses haben mit aller Deutlichkeit erwiesen, daß seine Inszenierung nichts anderes als eine historische Abrechnung mit der verhaßten georgischen Sozialdemokratie darstellen soll, ähnlich wie der Prozeß der Sozialrevolutionäre im Jahre 1922. Nicht so sehr ihre augenblickliche konterrevolutionäre Tätigkeit wird den Angeklagten zur Last gelegt, als die Tätigkeit der Sozialdemokratie Georgiens während der früheren Jahre. Ein unmögliches Verfahren. Nach dem Beginn des Prozesses kann man über seinen Ausgang kaum im Zweifel sein, besonders in diesem Augenblick, wo die Sowjetregierung ihr Gefühl der Schwäche durch einen erhöhten Terror wettmachen will. Man steht wieder einmal vor einem Justizmord!

Gegen die Hochschulreaktion.

Der Sieg der völkisch-reaktionären Richtung auf dem Würzburger Deutschen Studententag beginnt seine Folgen zu zeitigen. Die Freiburger Studentenschaft macht den Kampf gegen die Hochschulreaktion nicht mit. Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Freiburg beschloß am gestrigen Mittwoch auf Antrag der Katholischen Fraktion in Verbindung mit der sozialistischen Freien Hochschulgruppe gegen die Großdeutsche Studentengemeinschaft und die nationale Freistudentenschaft mit 12 gegen 10 Stimmen den Austritt aus der Deutschen Studentenschaft.

Epos von den Trustmagnaten.

Epen dichtet die rückschauende Phantasie, um den Aufstieg der herrschenden Klasse künstlerisch zu erklären, um ihre Ideologien, ihre Ethik, Religion und Weltanschauung plastisch zu formen. Epen kann aber auch die vorschauende Phantasie dichten, um einer noch ringenden Klasse den Weg zu weisen, sie zu warnen und aufzustacheln. Der Sänger, der vor königlichem Hofe, in der Halle des Fürsten und Helden sang, pries im Gewesenen das Seiende — der Proletarier Jack London, der im Jahre 1907 sein phantastisches Prosaepos „Die eiserne Ferse" den Klassengenossen in moderner Buchform schenkte*), zeigte ihnen im Seienden den Keim des Künftigen. Um das zustande zu bringen, stellte er unser Heute und Morgen als etwas längst Vergangenes hin, als dunkle, sieben Jahrhunderte zurückliegende Erinnerung aus dem Jahre 1932. Den „in Menschlichkeit Verbrüderten", denen das eben entdeckte fragmentarische Manuskript der amerikanischen Revolutionärin Avis Everhard angeblich dargeboten wird, darf alles nur wie ein entsetzliches, von Blut starrendes Märchen klingen, so sagendunkel, daß der späte Herausgeber Anthony Meredith es Seite um Seite mit gelehrten Anmerkungen versehen muß. Den Proletariern der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aber, denen es Jack London zudachte, soll es wie Donner in den Ohren dröhnen, es soll sie durch furchtbare Möglichkeiten schrecken und sie rechtzeitig zur Gegenwehr aufrufen.

Was Jack London in quälenden Alpvisionen sah, was er seinen amerikanischen, von „republikanischen" und „demokratischen" Schlagworten irregeführten Brüdern weisen wollte, war die schrankenlose Machtentfaltung der plutokratischen Trusts, dieser oligarchischen Könige der neuen Welt. Ihnen gehört, weil sie die Wirtschaft in Händen haben, alles und jedes, der gesamte Ueberbau der Gesellschaft ist ihnen untertan: Die Kirche erhebt, was ihnen nützt, zu Gottesgebot und Religion, die Gerichte erklären was sie brauchen für Gesetz und Recht, der Staat leiht ihnen seinen ganzen Machtapparat, die Parlamente, die Verwaltung und das Militär, und Schule und Presse hämmern den Gehirnen die Bedürfnisse der Oligarchen als Gebot des Lebens ein. Solange die Menschen blind sind und die Macht ihres eigentlichen Herrn nicht klar erkennen, genügen geheime Beeinflussung, List und Korruption, um sie gefügig zu erhalten. Als aber Ernst Everhard, der wunderbare Held des Epos, ihnen die Augen zu öffnen beginnt**), als ein Bischof im Namen Christi unter die Armen geht, ein Professor im Namen der Wissenschaft der offiziellen Lehre den Kampf ansagt und eine junge Dame der „Gesellschaft" eine von den Oligarchen verschuldete Rechtsbeugung bis zur letzten Wurzel untersucht, treten die Trustmagnaten mit „eiserner Ferse" alle Widerstände nieder, der Krieg beginnt. Die Waffen, die sie verwenden, sind uns bekannt, es sind Verleumdung, Lockspitzelei, Spionage, Kerker und Folter, Entzweiung der Gegner, erbarmungslose Militärgesetze, Kanonen und Maschinengewehre; zum atemversetzenden Epos aber wird der Bericht über diese Greuel durch die eiserne Konsequenz, mit welcher alle Mittel eingesetzt und voll ausgenützt werden, durch sie bekommt die Welt der allbeherrschenden Trusts die unvergänglichen Farben eines Danteschen Inferno. Monumentalbilder sind schon die beiden Parteien der Oligarchen und der zielbewußten Revolutionäre, die einander in Klassenethik, Kampfmethoden und Willensanspannung vollwertig gegenüberstehen, und Monumentalbilder sind erst recht die grandiosen Kämpfe von San Francisco und Chicago, die Schilderungen der von fremder Arbeit getragenen „Wunderstädte", und des in körperlicher und seelischer Not verkommenden „Volkes des Abgrundes".

Phantastereien? Jack London, der sie ersann, wünschte, es möchten Phantastereien bleiben. Er wußte aber auch, daß sie furchtbare Wirklichkeit werden müßten, wenn das Proletariat Amerikas das Proletariat der Welt nicht die richtigen Schlüsse aus ihnen zöge, zuvörderst den, daß der Kampf gegen die Plutokraten ein politischer, ein Machtkampf sei. Sein Epos von den Trusts, die drei Jahrhunderte lang die Welt versklaven, um erst durch die Revolution der „verbrüderten Menschheit" gestürzt zu werden, soll die Arbeiterschaft von Verstand und Phantasie her politisieren und in dieser seiner Grundtendenz ist es, mag es auch 1907 geschrieben sein, lebendig und lebenzeugend wie am ersten Tag.

Dr. Alfred Kleinberg.

*) Es erscheint in den nächsten Wochen, von Erwin Magnus gut übersetzt und von Anatole France machtvoll eingeleitet, in der Universitas-Verlags-A.-G., Berlin W. 50.

**) Er tut es gewiß allzu umständlich, aber der deutsche Leser muß berücksichtigen, daß dem amerikanischen Durchschnittsarbeiter selbst das erste „ABC des Marxismus" 1907 etwas völlig Unbekanntes war und heute noch großenteils ist.

Um das Schicksal der Porzellanmanufaktur. Unter den Straßendurchbruchprojekten, die gegenwärtig in Berlin zur Erwägung stehen, befindet sich auch der Gedanke der Herstellung eines durchlaufenden Straßenzuges von der Fasanenstraße im Westen bis zur Putlitzstraße im Nordwesten der Stadt. Dieses Projekt würde eine Beseitigung der Staatlichen Porzellanmanufaktur von ihrer jetzigen Produktionsstelle erfordern; wie eine hiesige Lokalkorrespondenz erfährt, ist hiergegen von der Leitung der Manufaktur Einspruch erhoben worden. Andererseits wird aus sachverständigen Kreisen dem preußischen Handelsministerium nahegelegt, die Verlegung der Porzellanmanufaktur an einen anderen Standort mit einer gründlichen Umgestaltung des inneren Betriebes der Werkstätten zu verbinden, um die Manufaktur wieder zu einer führenden Musterwerkstatt zu machen.

Die Reichsforschungs-Gesellschaft für Wirtschaftlichkeit im Bau- und Wohnungswesen, die jetzt als eingetragener Verein gegründet worden ist, hat mehrere Architekten in ihren Verwaltungsrat berufen, der die Tätigkeit eines Aufsichtsrates ausübt, u. a. Prof. Dr. Bartning-Weimar, Baurat Herrmann-Berlin, Friedrich Paulsen-Berlin, Prof. Dr. Ing. Siedler-Berlin und Stadtbaurat Dr. Ing. Wagner-Berlin. Dem Vorstande steht zur Unterstützung ein Sachverständigenrat zur Seite. Es ist in Aussicht genommen, die Plattenbauweise in Frankfurt und eine Spezialbetonbauweise in Dessau zu untersuchen. Man denkt auch daran, eine Reihe von Versuchen in Stuttgart sowie in Hamburg, Bayern und Schlesien vorzunehmen und dabei verschiedene Bauweisen zu erproben. Schließlich soll eine Versuchssiedelung in Berlin in die Wege geleitet werden. Neben den praktischen sind auch theoretische Forschungsarbeiten geplant.

Ende des Covent Garden-Theaters? Das berühmte Covent Garden-Theater in London, in dem auch viele deutsche Operngastspiele stattgefunden haben, ist in seiner Existenz bedroht. Die Stadt London verhandelt um das Gelände, auf dem das Theater steht, weil sie es zur Erweiterung eines Marktes braucht. Der frühere Direktor der Covent Garden-Theatergesellschaft, der bekannte James White, der inzwischen infolge des Zusammenbruchs seiner Spekulationen Selbstmord verübt hat, forderte einen außerordentlich hohen Betrag; sein Nachfolger scheint nachgiebiger zu sein. Die englische Presse fordert das Eingreifen der gesetzgebenden Faktoren, um das Theater zu retten.

Ein Sanatorium für Steine. Das in London unlängst gegründete Institut für Verwitterungsforschung hat eine Versuchsstation eingerichtet, in der die Verwitterungserscheinungen der verschiedenen Gesteinsarten untersucht werden sollen. Zugleich werden auch alle diejenigen Methoden praktisch erprobt werden, die dem Zerstörungsprozeß der Steine Einhalt tun können. Das Institut wird halbjährliche Veröffentlichungen über die Versuche herausgeben.

Vor einer Revolution auf dem Gummimarkt? Meldungen aus Holländisch-Ostindien berichten über eine ans Wunderbare grenzende Umwälzung, die sich auf dem Gebiet der Kautschukgewinnung vorbereitet. Ausgehend von den grundlegenden Studien Luther Burbanks haben die dortigen Kulturtechniker ein Verfahren zur Veredelung der Gummibäume durch Uebertragen von Pfropfreisern praktisch erprobt, das eine Vervierfachung der Erträge der Gummipflanzungen verheißt. „Durch die Anwendung der neuen Methode," so erklärt der Präsident der New-Yorker Vertriebsstelle der Gummiproduktion, „wird es möglich sein, die Kosten des auf den New-Yorker Markt kommenden Gummis von seinem gegenwärtigen Stand von 25 Cent auf weniger als 10 Cent herabzudrücken." Wenn sich diese Verheißung erfüllt, so werden Pneumatiks, Radreifen und chirurgische Instrumente bald einen fühlbaren Preissturz erfahren. Die Experimente wurden in aller Heimlichkeit im Innern der Inseln ausgeführt, und man beabsichtigt, mit genauen Einzelheiten erst an die Oeffentlichkeit zu treten, wenn das Verfahren bis ins Kleinste erprobt ist.

Ein hundertjähriges Schwalbennest. In der Stadt Horn am Teutoburger Wald befindet sich eine der größten Seltsamkeiten aus dem Tierleben, nämlich ein Schwalbennest, das jetzt sein 100jähriges Jubiläum feiern kann. Das Nest wurde von den Schwalben im Jahr 1827 gebaut. Sie hatten beim Bau einen Sparren benutzt, der die Jahreszahl 1827 trägt. Nun wäre es natürlich möglich, daß dieser Sparren die Jahreszahl trägt, ohne daß er bereits damals von den Schwalben verwendet worden wäre, aber in der Familie,

Das Beispiel des Reichsbankinspektors.

Unterschlagungen bei der Reichsbank.

Die beiden Handlanger des toten Reichsbankoberinspektors Arnold, der bei der Reichsbankanstalt in Charlottenburg durch achtjährige Fälschungen 820 000 Mark veruntreut hatte, standen heute zur Aburteilung wegen der Arnold geleisteten Beihilfe und der von ihnen selbst verübten kleinen Unterschlagungen und Fälschungen von dem Schöffengericht Charlottenburg.

Die Angeklagten sind der Angestellte Erich Reinholz und der Lohnschreiber Alfred Maire. Beide arbeiteten in den letzten Jahren in der Giroabteilung unmittelbar unter Arnold. Zum Schluß waren sie aber bereits ausgeschieden. Reinholz wurde entlassen, weil eine falsche Buchung von 44 Mark entdeckt worden war, während Majre 1924 abgebaut wurde. Beide Angeklagte gaben offen ihre Verfehlungen zu. Der Angeklagte Maire, der am längsten unter Arnold tätig gewesen war, hat schon in der Inflationszeit gemerkt, daß ein Posten von 500 000 Papiermark nicht stimmte. Später kam ein unausgeglichener Posten von 60 000 M. vor und Arnold gab ausweichende Antworten. Dadurch kam der Angeklagte auf den Gedanken, daß etwas nicht stimme und er entdeckte nun auch, daß Arnold die sogenannte „gelbe Schlange", das sind die laufenden Listen der avisierten Ueberweisungen, benutzte, um vor die eingegangenen Posten noch eine Ziffer zu setzen. Nach der Angabe des Sachverständigen hat es Arnold fertigbekommen, die Differenz auf sein Konto bei einer anderen Girokasse zu überweisen. Die beiden Angeklagten verabredeten nun, dieselbe Sache zu machen, allerdings in bescheidenerem Umfange, denn sie haben nur gemeinsam mit Hilfe von drei falschen Ueberweisungen auf das Gehaltskonto 2300 Mark unterschlagen. Als Arnold das merkte, schimpfte er sehr und drohte, daß er es anzeigen müsse. Dann lenkte er aber ein und sagte, er würde es ausgleichen. Das geschah wieder mit Hilfe einer neuen Mogelei. Maire gab weiter zu, daß er nur gewußt habe, daß es mit einem Betrage von 60 000 Mark dauernd nicht stimmte, er und Reinholz bestreiten aber, mitgeholfen zu haben, den ganzen Fehlbetrag durchzuschleppen. Auf Fragen der Rechtsanwälte Dr. Apfel und Dr. Johanny gaben die Angeklagten weiterhin an, daß sie unter dem Einfluß des Alkohols zu ihren ersten Verfehlungen gekommen seien. Arnold habe in der Giroabteilung dauernd Gelage von Likör und Sekt veranstaltet. Er hatte einen seiner beiden Schränke angefüllt mit Flaschen. Auf die weitere Frage der Verteidiger, wie es möglich gewesen sei, daß das in der großen Giroabteilung, in der 15 Leute arbeiteten, dauernd möglich gewesen sei, antworteten die Angeklagten, daß die Gelage dauernd veranstaltet wurden und daß die ganze Abteilung daran teilnahm. Der zweite Teil der Anklage betraf den letzten großen Schlag, den Arnold vor seinem Eintreten in den Ruhestand machen wollte, um den Fehlbetrag von 560 000 Mark aus der Welt zu schaffen. Die Unterschlagungen waren höher, aber 230 000 Mark fielen in die Inflationszeit und wären, da Arnold aus „Versehen" einmal hatte Bücher einstampfen lassen, nicht aufzuklären gewesen. Unter Beihilfe der beiden Angeklagten wollte Arnold bei der Reichsbankstelle in Breslau eine fingierte Einzahlung von 650 000 Mark vornehmen und den Betrag auf sein Konto in Berlin überweisen lassen. Der Plan scheiterte aber im letzten Augenblick. Da das Manöver jedoch bereits eingeleitet war, wurde man in Breslau auf den auffälligen Vorgang aufmerksam, und eine Meldung nach Berlin brachte die achtjährigen Verfehlungen Arnolds zur Entdeckung.

Das Gericht verurteilte Reinholz zu einem Jahr, Maire zu 9 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von je drei Monaten Untersuchungshaft. Bewährungsfrist wurde bei beiden abgelehnt.

Vom Spiel in den Tod. Auf tragische Weise kam gestern abend gegen 7 Uhr der siebenjährige Schüler Walter Strahlendorf aus der Friedelstraße 23 zu Neukölln ums Leben. Der kleine St. spielte mit mehreren gleichaltrigen Kameraden an der Böschung des Landwehrkanals am Maybachufer. St. verlor plötzlich das Gleichgewicht, stürzte die Böschung hinab und ging sofort unter. Der Feuerwehr gelang es erst nach zweistündigem Suchen, die Leiche des Ertrunkenen zu bergen.

13 Schüler ertrunken. Wie aus Irkutsk (Sibirien) gemeldet wird, kenterte auf dem Angara-Fluß infolge eines Windstoßes ein mit 20 Schülern besetzter Kahn. 13 Schüler ertranken.

---

in deren Haus sich das Schwalbennest befindet, ist die Ueberlieferung erhalten, daß das Haus in dem gleichen Jahre errichtet wurde. Die Jahreszahl wurde auf den Sparren aufgeprägt, um als Denkmal für die Zeit des Baues zu gelten. Als der Sparren nun am Hause befestigt werden sollte, war er verschwunden, ohne daß man wußte, wohin. Plötzlich entdeckte man, daß er sich an einem Querbalken befand, wo er durch seine schöne Lackfarbe auffiel. Man stellte fest, daß er von Schwalben dorthin gebracht wurde, die sich hier ihr Nest bauten. Da man dieses Nest für einen Glücksbringer hielt, so hat man darauf verzichtet, den Sparren den Schwalben wieder wegzunehmen und einen ganz ähnlichen anfertigen lassen, der sich an dem Hause noch heute befindet. Auf diese Weise trägt das Haus zweimal die Jahreszahl, die seine Entstehung angibt. Seit diesem Tage wird die Geschichte des Schwalbennestes von den Hausbewohnern verfolgt, und es wurde bisher festgestellt, daß es alljährlich von Schwalben benutzt wird.

Ueber 200 000 Pilger in Mekka. Die Pilgerfahrt nach dem Heiligtum des Islam ist beendet, und die aus allen Gegenden herbeigeeilten Pilger sind in ihre Heimat zurückgekehrt. Mekka hat in diesem Jahre einen Rekordbesuch erlebt. Mehr als 200 000 Gläubige waren gekommen, um am Allerheiligsten ihr Gebet zu verrichten, eine Anzahl, die auch in den Vorkriegsjahren nie erreicht worden war. Dies ist um so bemerkenswerter, als sowohl in den schiitischen Ländern wie in Aegypten vor dem Unternehmen gewarnt worden war wegen der Stellungnahme der fanatischen Wahabiten gegen die Schiiten und der ernsten Spannung zwischen der Regierung von Aegypten und des Hedschas, die wegen des „Hahmal", der Sendung des heiligen Teppichs (der Kiowa) nach Kaaba, entstanden war. — Noch in der letzten Woche vor dem 10. Juni, dem Tage der Schlußzeremonien auf dem Arajat, waren 15 000 Pilger aus Missir in Aegypten und mehr als 20 000 aus dem Iran — Persien, dem Irak und Afghanistan — eingetroffen, die alle möglichen Transportmittel zu Hilfe genommen hatten, um das ersehnte Ziel zu erreichen. Noch zuletzt kamen 30 000 Pilger aus Britisch-Indien, die durch den Islamitischen Bund aufgehalten waren, der die Herrschaft der Wahabiten über den heiligen Ort nicht anerkennen will. Aus Niederländisch-Indien hatten sich 50 000 Gläubige an der Bittfahrt beteiligt.

In der Volksbühne, Theater am Bülowplatz, findet am Sonntag, dem 31., die letzte Vorstellung von Nestroys Posse „Zu ebener Erde und erster Stock" statt.

Die Piscatorbühne im Theater am Nollendorfplatz teilt auf vielfache Anfragen mit, daß die Anmeldungen in die Sonderabteilungen der Volksbühne in den Geschäftsstellen des Volksbühnenvereins vorzunehmen sind. Auskünfte erteilen die Geschäftsstellen der Volksbühne, Linienstraße 22 (Norden 2944/45) und Platz der Republik 7 (Moabit 5169).

Die Winterspielzeit des Theaters im Admiralspalast beginnt am 1. August mit der Haller-Revue „An und Aus" in der Originalaufführung.

Rußland auf der Presse. Durch Vermittlung der Russischen Handelsvertretung in Berlin ist mit der Sowjetregierung eine Vereinbarung über die Beteiligung Rußlands an der Internationalen Preßausstellung in Köln 1928 getroffen worden. Die russischen Zeitungs- und Zeitschriften-Verlagsanstalten werden sich in größerem Umfange an der Ausstellung beteiligen und es ist beabsichtigt, einen eigenen Pavillon zu errichten.

Das sterbende Haus.

Das Haus Besselstraße 22, unweit der Friedrichstraße, liegt in den letzten Zügen. Es blutet aus vielen, klaffenden Wunden, zeigt arge Verkrümmungen und Schwären. Die Mauern haben tiefe Risse, der Putz bröckelt von den Mauern und fällt in großen Brocken auf die Straße, so daß am Sonnabend die Feuerwehr geholt

werden mußte, um das brüchige, gelockerte Mauerwerk abzubrechen und die Passanten vor Unfällen zu schützen. Das ganze Hauswrack senkt sich und droht bald kraftlos in sich zusammenzusinken. Die höchst gefahrvolle Alterserscheinung des Senkens der verschiedenen Boden- und Wandflächen erzeugt ganz eigenartige Formationen. Der Fußboden ist hügelförmig, bald flach, bald gewölbt, die Fensterhöhlen, Türfüllungen und Gesimse sind aus ihrer ursprünglich senkrechten, in eine schiefe Lage gebracht, so daß Türen und Fenster schlecht, oft auch gar nicht mehr schließen, da die einzelnen Teile nicht mehr aufeinander passen. Besonders stark macht sich diese Formveränderung an der äußeren Hausfassade, an der vorderen Haustüre, sowie bei dem rückwärtigen Hoftor, das als Notausgang des Tanzpalastes „Palais der Friedrichstadt" dient, bemerkbar. Die daneben angrenzende Feuermauer zeigt ihrer ganzen Länge nach gefährliche Lockerungen, die ebenfalls eine Einsturzgefahr in sich bergen. Die schadhaften, altersschwachen Mauern bieten Wind und Wetter ungehinderten Ein- und Ausgang, bei schönem Wetter sieht man zum Beispiel die Sonne hindurchscheinen.

Der Hauswirt datiert den rapide fortschreitenden Verfall des Hauses vom Bau der durch die Friedrichstraße führenden Untergrundbahn; bei dieser Gelegenheit wäre das Grundwasser aus dem moorigen Boden, auf welchem das Haus aufgebaut ist, ausgepumpt worden, wodurch die Senkung entstanden sei. Das dadurch geschwächte Fundament könne nunmehr der durch den Bahnverkehr entstandenen unausgesetzten starken Bodenerschütterung nicht mehr standhalten; nach Angabe der Hausbewohner wackelt buchstäblich das ganze Haus, wenn irgend ein noch so leichtes Fuhrwerk vorbeifährt.

Die im Laufe der Jahre verschiedentlich erfolgten Reklamationen der Mietsparteien wegen Vornahme von Schönheits- und sonstigen Reparaturen wurden wie gewöhnlich unbeachtet gelassen, dringlichen Beschwerdeführenden ward anheimgestellt, die Reparaturen auf eigene Kosten vornehmen zulassen, oder sich nach einer anderen, besseren Wohnung umzusehen. Was bleibt den Leuten da anderes übrig, als in ihrer kümmerlichen Behausung weiter zu verbleiben? Nun befinden sich die Bewohner aber in einer Lage, die ihre körperliche Sicherheit aufs höchste gefährdet und haben keinerlei Mittel und Wege, sich aus dieser Situation zu befreien; es stehen ihnen weder Ersatzwohnungen zur Verfügung, noch wurden bisher irgendwelche Anstalten getroffen, das Haus in einen halbwegs bewohnbaren Zustand zu versetzen. Wo kein Kläger, ist bekanntlich kein Richter und so hat diese Unterlassungssünde im Laufe der Zeiten derartige Formen gezeitigt. Vielleicht wird man es jetzt endlich für notwendig erachten, den Menschen zumindest ein schützendes Dach — in des Wortes wahrster Bedeutung — zu bieten.

Wie ein Hohn mutet es übrigens an, daß die unteren Räume dieses Hauswracks einen „Tanzpalast" beherbergen, in dem allabendlich Hochbetrieb herrscht.

Die Ausdehnung des Vorortverkehrs.

Landeseisenbahnrat für Verlängerung der Strecke Lichterfelde-Ost.

Die Ausdehnung des Vorortverkehrs von Lichterfelde-Ost nach Lichterfelde-Süd und weiter nach Teltow und Stahnsdorf gehört zu den bereits vor dem Kriege vielbesprochenen Eisenbahnprojekten, hat aber seinerzeit trotz aller Bemühungen keine Verwirklichung finden können. Die weitere Behandlung der Pläne hat dann infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse durch Kriegs- und Nachkriegszeit eine jahrzehntelange Unterbrechung erfahren. Erst in letzter Zeit hat sich das Verkehrsamt der Stadt Berlin erneut damit befaßt, die Möglichkeit einer Erweiterung des Vorortverkehrs wenigstens bis Lichterfelde-Süd zu prüfen. Die Durchführung des Projekts ist jedoch bisher an der Kostenfrage gescheitert, da die Stadt die erforderlichen Mittel zurzeit nicht aufbringen kann, und die Reichsbahn die Kostenübernahme ablehnt.

Der Industrie- und Handelskammer sind jetzt von den beteiligten Firmen eine Reihe von Unterlagen zur Verfügung gestellt worden, in denen die Notwendigkeit einer Ausdehnung des Vorortverkehrs nicht nur bis Lichterfelde-Süd, sondern vor allem bis Teltow und Stahnsdorf hervorgehoben wurde. Die dort ansässigen Firmen haben sich übereinstimmend dahin geäußert, daß die heutigen Verkehrsverhältnisse geradezu katastrophal seien und dringend einer Verbesserung bedürften, wenn die Teltower Industrie auf die Dauer lebensfähig bleiben solle. Die zurzeit bestehende einzige Verbindung zwischen Berlin und Teltow durch die Straßenbahnlinie 100, die eingleisig betrieben wird und nur alle 20 Minuten verkehrt, könne keineswegs als ausreichend angesehen werden, da sie auch nicht entfernt in der Lage sei, den Ansturm in den Hauptverkehrszeiten zu bewältigen. Dadurch werde nicht allein die regelmäßige An- und Abbeförderung der Angestellten und Arbeiter und damit der regelmäßige Fabrikationsbetrieb unmöglich gemacht, sondern es würden vor allen Dingen die allgemeinen geschäftlichen Beziehungen empfindlich gestört. Die Werke seien gezwungen, die Hin- und Rückbeförderung ihrer Besucher und übrigens auch zum Teil der Angestellten und Arbeiter durch eigene Kraftwagen vorzunehmen. Da nach den Ausführungen der Firmen zweifellos ein dringendes Bedürfnis für den Bau der Vorortstrecke Lichterfelde-Ost—Stahnsdorf vorliegt, ist die Angelegenheit auf Veranlassung der Kammer in der letzten Sitzung des Landeseisenbahnrats Berlin zur Erörterung gestellt worden. Der Landeseisenbahnrat hat sich in Anerkennung der vorgetragenen Gründe für den Bau der Strecke ausgesprochen, die als Notwendigkeit für die Entwicklung des Berliner Verkehrs und der Siedlung anerkannt werde. Die Baukosten werden für den Abschnitt Lichterfelde-Ost—Lichterfelde Süd auf 7 Millionen Reichsmark, für den Abschnitt Lichterfelde Süd—Teltow—Stahnsdorf auf 6 Millionen Reichsmark veranschlagt. Ob der Bau der Strecke zustandekommt, wird also davon abhängen, ob es gelingt, das erforderliche Kapital aufzubringen. Nach den Berechnungen der Reichsbahn kann mit einer angemessenen Verzinsung des erforderlichen Kapitals nicht gerechnet werden.

Die Humboldtbrücke.

Den Vertretern der Berliner Presse wurde heute vormittag die noch im Rohbau stehende neue Brücke über den Humboldthafen gezeigt, über deren Aufbau wir unseren Lesern in der Abendausgabe vom 16. Juli einen ausführlichen mit einem Bilde versehenen Bericht gegeben hatten. Die Brücke, die in unmittelbarer Nähe des Lehrter Bahnhofes liegt und die beiden Seiten des Friedrich-Karl-Ufers verbindet, ist in ihren Größenverhältnissen auf die Zufahrt zum Westhafen eingerichtet, für den man die Einführung des Tausendtonnenverkehrs beabsichtigt hat. Mit dem Bau, der schon vor dem Kriege geplant war, dessen Ausführung aber durch Krieg und Inflation verhindert worden ist, wurde im Jahre 1924 begonnen. Durch den von Magistratsbaurat Cornehls geschaffenen Entwurf ist die Reichshauptstadt um ein schönes Brückenbauwerk bereichert worden. Falls nicht außergewöhnliche Störungen eintreten, besteht die Möglichkeit, daß die Brücke schon zum Jahresende dem Verkehr übergeben werden kann.

Der 11. Bezirk Gau Berlin des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, Bezirkschormeister G. Eicherich, hält sein Bezirkssängerfest am Sonntag, 31. Juli, in Zeuthen, Etablissement „Zeuthen See", Inh. Hermann Tiehl ab. Anfang des Konzerts 4 Uhr nachmittags.

Schwere Unwetter über Norddeutschland.

Ueberall Sturm- und Gewitterschäden.

Ueber Hamburg und Umgegend, der holsteinischen Westküste und Lübeck gingen gestern schwere Unwetter nieder. Stürme und Wolkenbrüche richteten große Schäden an. In Hamburg wurde 200mal die Feuerwehr zu Hilfe gerufen, um Straßen und Keller auszupumpen und umgestürzte Bäume aus dem Wege zu räumen. Durch Blitzschläge auf dem Lande brannten zwei Bauernhäuser vollständig nieder. — Auch über Lüneburg wütete gestern nachmittag ein Wirbelsturm, der Bäume entwurzelte und mehrere Dächer abdeckte. Eine Frau wurde von einem Windstoß in die Höhe gehoben und mehrere Male herumgeschleudert. Sie erlitt jedoch nur leichte Verletzungen. — Ein schweres Gewitter verursachte gestern in der Umgebung von Salzwedel Blitzschläge, denen mehrere Scheunen zum Opfer fielen. — Auf dem Gute Pongreß entstand nach einer Meldung aus Schwerin durch Blitzschlag ein Großfeuer, das ein großes Wohngebäude einäscherte und damit vier Familien obdachslos machte. Da die Familien gegen Feuer nicht versichert waren, haben sie schweren Mobiliarschaden erlitten. — In der Nähe von Boitzenburg entwurzelte eine Windhose mehrere alte Bäume, deckte Dächer ab und warf Wagen um.

Herne, 28. Juli. (WTB.)

Bei dem gestrigen schweren Gewitter wurde auf der Zeche Mont Cenis ein Baugerüst von etwa 30 Meter Höhe vom Blitzschlag getroffen. Es stürzte zusammen und begrub vier Arbeiter unter sich, die vor dem Regen Schutz gesucht hatten. Einer der Arbeiter erlitt einen schweren Schädelbruch, die drei anderen wurden leichter verletzt.

Schweres Eisenbahnunglück in Südafrika.

30 Tote bei einem Zugzusammenstoß.

London, 28. Juli. (TU.)

Wie aus Kapstadt berichtet wird, stießen gestern abend bei Heidelberg in der Transvaalkolonie der Nataler Postzug und ein Güterzug aus bisher unbekannter Ursache zusammen. 30 Eingeborene wurden getötet und drei Europäer sowie eine große Anzahl Eingeborener verletzt.

Die Nachforschungen nach Nungesser und Coli.

New York, 28. Juli. (WTB.)

In Port Washington auf Long Island sind gestern abend die Flieger Major Sidney Cotton und Caldwell gelandet, nachdem sie sieben Wochen lang vergeblich in Neufundland vom Flugzeug aus Nachforschungen nach Nungesser und Coli angestellt hatten. Beide sind überzeugt, daß die vermißten französischen Flieger niemals bis Neufundland gekommen sind.

Rennfahrer Bauhofer verunglückt. Deutschlands erfolgreichster Meisterrennfahrer Toni Bauhofer-Berlin erlitt heute morgen beim Training in Kolberg einen schweren Unfall, der seine Teilnahme am diesjährigen internationalen Bäderrennen in Frage stellt. Bauhofer wollte auf der Treptower Chaussee ein Geschäftsauto überholen. Dabei fuhr im sein Stallkamerad gegen die Lenkstange. Bauhofers Maschine würde auf den Sommerweg und sodann gegen einen Chausseebaum geworfen. Hierbei brach sich der Rennfahrer den Oberarm.

Gegen Krieg u. Kriegsgefahr
Für Frieden und Sozialismus

demonstriert die sozialdemokratische Arbeiterschaft am Montag, den 1. August, abends 7 Uhr, auf dem Wittenbergplatz

Erscheint in Massen!

Streik bei Bergmann-Rosenthal.

Schon vor mehr als sechs Wochen haben die Autoschlosser und Dreher der Firma Bergmann—Rosenthal der Betriebsleitung eine Forderung auf 15prozentige Erhöhung der Löhne und Akkordpreise unterbreitet. Nach langwierigen Verhandlungen hat die Firma schließlich eine Zulage von zwei bis drei Pfennig pro Stunde bewilligt, alle weitergehenden Forderungen aber rundweg abgelehnt.

Am Mittwoch beschäftigten sich nun die Dreher und Autoschlosser des Werkes mit diesem „Angebot“ der Firma und lehnten es als völlig ungenügend einmütig ab. Sie beschlossen einstimmig, heute, Donnerstag früh, in den Streik zu treten und nicht eher die Arbeit wieder aufzunehmen, bis die Firma ihr klägliches Angebot gründlich revidiert. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat den Streik sanktioniert.

Amtsgerichtsräte beim Arbeitsgericht.

Eine irreführende Funktionsbezeichnung.

Die Beisitzer der Arbeiter und der Unternehmer bei den Arbeitsgerichten führen nach einer Bestimmung des Arbeitsgerichtsgesetzes die Amtsbezeichnung „Arbeitsrichter“. Wie die Vorsitzenden der Arbeitsgerichte zu bezeichnen sind, sagt das Gesetz nicht. Es bestimmt nur, daß sie die Befähigung zum Richteramt haben müssen. Titel als Amts- oder Berufsbezeichnungen — nur solche kennt die Verfassung — haben doch den Zweck, daß man aus ihnen erkennt, welches Amt der Träger des Titels bekleidet und bei welcher Behörde er tätig ist. Man sollte also meinen, daß auch die juristischen Vorsitzenden der Arbeitsgerichte als Arbeitsrichter, oder wenn man glaubt, sie nicht nur durch den Talar, sondern auch durch einen Titel vor den Laienrichtern auszeichnen zu müssen, als Arbeitsgerichtsräte bezeichnet würden. Aber den Kammervorsitzenden des Arbeitsgerichts Berlin hat man den Titel „Amtsgerichtsrat“ verliehen. Es handelt sich nicht um Herren, die vom Amtsgericht an das Arbeitsgericht versetzt sind und deshalb ihren bisherigen Titel beibehalten haben, sondern es sind mit wenigen Ausnahmen dieselben Herren, die bis zum 30. Juni als Magistratsräte am Gewerbe- und Kaufmannsgericht der Stadt Berlin tätig waren. Sie sind über Nacht zu Amtsgerichtsräten geworden, haben aber mit dem Amtsgericht gar nichts zu tun, sondern ihr Tätigkeitsgebiet ist lediglich das Arbeitsgericht. Der aufsichtführende Richter hat den Titel Amtsgerichtsdirektor erhalten, obwohl er am Amtsgericht keine Funktion auszuüben hat.

Durch solche unsachgemäße Titulatur kann bei Unkundigen der Anschein erweckt werden, als ob das vollkommen selbständige Arbeitsgericht ein Anhängsel des Amtsgerichts wäre. Es zu einem solchen zu machen, war ja die Absicht der Gegner einer selbständigen Arbeitsgerichtsbarkeit. Wollte die für die Titelverleihung zuständige Stelle dieser Richtung durch eine Aeußerlichkeit entgegenkommen, oder glaubte sie, das Standesbewußtsein der Juristen könnte sich durch die Bezeichnung Arbeitsgerichtsrat verletzt fühlen?

Die Arbeitskämpfe im 1. Quartal 1927.

Die vorläufigen Feststellungen über die Arbeiterbewegungen im ersten Vierteljahr 1927 lassen im Vergleich zum vorhergehenden letzten Vierteljahr 1926 eine Zunahme erkennen. Die Bedeutung der Arbeitskämpfe wird an der Zahl der verlorenen Arbeitstage gemessen. Bei den Ausständen ist die Zunahme weniger bedeutend (von 156 000 im letzten Vierteljahr 1926 auf 260 000 im ersten Vierteljahr 1927) als bei den Aussperrungen (von 171 000 auf 778 000). Bei den Streiks zeigt die Abnahme der Zahl der betroffenen Betriebe und ihrer Belegschaftsziffer ebenso wie die niedrigere Höchstzahl der gleichzeitig Streikenden, daß es sich um Bewegungen durchschnittlich von längerer Dauer handelt.

Während in der Regel die Lohnforderungen bei weitem vorherrschen, spielt im Berichtsvierteljahr, besonders bei den Aussperrungen, der Kampf um die Arbeitszeit (im Maschinenbau) eine ausschlaggebende Rolle.

Bei den Streiks und auch bei den Aussperrungen überwog im ersten Vierteljahr 1927 nach der Darstellung des Reichsarbeitsblattes der volle Erfolg für die Arbeiter im Gegensatz zum Vorvierteljahr, wo für die Mehrzahl der Streikenden nur teilweiser Erfolg erreicht wurde.

Der Kampf um den Achtstundentag.

Internationale Aktion der Seeleute.

Die Seeleuteaktion der Transportarbeiter-Internationale ist in vollem Gange. Das erste Propagandameeting in Antwerpen war ein schöner Erfolg. Im September werden Meetings in Hamburg, Kopenhagen, Oslo und Stockholm, im Oktober große Kundgebungen in Rotterdam, Amsterdam und Antwerpen und im November in französischen Städten stattfinden. Am 15. September tritt in Kopenhagen der Vorstand der Seeleutesektion zusammen, um über die bisherigen Erfahrungen und das weitere Programm zu beraten. Im Anschluß daran wird eine Vorstandssitzung der Hafenarbeitersektion stattfinden, um die Aktion für die Verallgemeinerung der Arbeitsbedingungen und der sozialen Gesetzgebung der Hafenarbeiter in den wichtigsten Ländern Europas zu besprechen.

Die Frage des Achtstundentages wird in Genf 1929 in erster und 1930 in zweiter Lesung behandelt. Die Genfer Bestrebungen bilden eine Unterstützung der Aktion der Seeleute, die von ihnen jedoch selbständig durchgeführt wird. Es handelt sich um eine Aktion auf lange Sicht, weil die internationale Propaganda naturgemäß mit viel größeren Schwierigkeiten verbunden ist als eine nationale Aktion. Es muß mit zahlreichen Faktoren in verschiedenen Ländern gerechnet werden, die teilweise stark voneinander abweichen und über die hinweg gleichwohl international und national eine einheitliche Linie eingehalten werden muß.

Das erste Manifest der Transportarbeiter-Internationale wurde in 190 000 Exemplaren und in neun Sprachen gedruckt. Es werden also in europäische Häfen nicht viele Seeleute kommen, die dieses Manifest nicht zu Gesicht bekommen. Die Transportarbeiter-Internationale ist bemüht, auch die ihr bisher nicht angeschlossenen Organisationen in Asien und Australien in die Bewegung miteinzubeziehen. Für jedes Land sind die Propagandazeichnungen mit eigenen Texten ausgestattet, so daß der Seeman in jedem Hafen dasselbe Plakat antrifft und überall die Transportarbeiter-Internationale auf dem Posten findet. Die Unterstützungskarten der Internationale werden in zehn Sprachen zu ungefähr 30 holländischen Cents verkauft. Zwei Drittel des Ertrages werden an die Internationale abgeführt, während der Rest dem die Karten verkaufenden Lande zur Unterstützung der nationalen Propaganda verbleibt. Auf diese Weise wird der von der Transportarbeiter-Internationale zur Verfügung gestellte Betrag und der besondere Fonds für die Aktion ergänzt. Für die Zwecke des Fonds haben die Verbände den Beitrag an die Transportarbeiter-Internationale freiwillig verfünffacht.

Die Aktion wird also von den Seeleuten selbst getragen. Durch ihre Unterzeichnung liefern sie den Beweis, daß es sich um keine Aktion vom grünen Tisch, sondern um eine Bewegung der Massen handelt, daß die Seeleute selbst es sind, die den Achtstundentag verlangen.

Französischer Gewerkschaftskongreß.

Paris, 28. Juli. (Eigener Drahtbericht.)

Der zweite Tag des französischen Gewerkschaftskongresses wurde vollständig mit der Diskussion des moralischen Berichts ausgefüllt und mit einer großangelegten Rede des Generalsekretärs der französischen Gewerkschaften, Jouhaux, geschlossen. Jouhaux verteidigte sich in der Rede besonders gegen die Vorwürfe, die man der französischen Gewerkschaftsbewegung und ihm insbesondere gemacht hat. So habe man ihm vorgeworfen, nicht wirksam genug alle Reformen verteidigt zu haben. Jouhaux unterstrich, daß es die Pflicht der Arbeiterklasse und nicht der Gewerkschaftsbewegung sei, die Anwendung der sozialen Reformen zu verlangen. Man habe ebenfalls der Gewerkschaftsbewegung Sabotage des Achtstundentages vorgeworfen. Jouhaux aber betonte, daß der Achtstundentag in den meisten Fällen von den Arbeitern selbst sabotiert werde, indem sie bezahlte Ueberstunden machen. Endlich habe man ihm Beziehungen zur sozialistischen Parlamentsgruppe und den jeweiligen Regierungen vorgeworfen. Jouhaux erwiderte, daß er gerade im Laufe des letzten Jahres mehrfach Vorwürfe von den Gewerkschaften erhalten habe, da diese der Ansicht seien, daß Aufträge, die sie der Gewerkschaftszentrale übertragen hätten, bei den Regierungen nicht schnell genug unterbreitet worden seien.

„Unsere Politik,“ fuhr Jouhaux fort, „ist eine Politik der Anwesenheit überall. Wo Arbeiterinteressen auf dem Spiel stehen, wollen wir da sein. Wenn wir nicht da wären, wären die anderen da. Die Gewerkschaftsbewegung hat das Streichholzmonopol gerettet. Was für uns Zeuge ist, ist nur die Kraft der Realisierung unserer Bewegung. Die Gewerkschaftsbewegung ist unser Ziel und unsere Religion. Wir wissen, daß die sozialen Reformen nicht aus einigen Pflastersteinen hervorgehen können, die die Menge eines Tages aus den Straßen reißt. Es gehört eine tiefe Vorbildung dazu, um das Steuer der sozialen Maschine in den Händen zu halten. Wenn die Unternehmer die Politik der Herabsetzung der Löhne aufgegeben haben, so geschah es, weil die Gewerkschaftsbewegung existiert. Dies ist nicht etwa das Resultat einiger dummer Streiche gewesen, die von einigen Verbänden zum Schaden der Arbeiterschaft vom Zaune gebrochen wurden. Für die Arbeiterklasse haben wir etwas erreicht: die Sozialversicherung! Wenn sie nicht so ausreicht, wie wir es wünschten, kann die Gewerkschaft nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Ich bin keiner von denen, die glauben, daß die Führer der Gewerkschaften aus sich selbst heraus die Reformen erzwingen können. Die Führer der Gewerkschaften sind Menschen, genau wie die anderen. Sie können eben auch nur das Menschenmöglichste zu erreichen versuchen.

Jouhaux verteidigte sich dann gegen den Vorwurf, ein Ministerportefeuille für sich ergattern zu wollen, den man ihm besonders in der kommunistischen Presse macht, und ebenso dagegen, daß er an seinem Sitz im Internationalen Arbeitsbureau in Genf klebe. „Die Gewerkschaftsbewegung,“ erklärte Jouhaux, „hat ihre Zustimmung zum Völkerbund schon lange gegeben. Können wir diese heute zurückziehen, wo Kritiken gegen den Völkerbund laut werden? Man darf den Völkern nicht sagen, daß sie fähig sind, plötzlich alles umzuformen. Ihnen dies erklären, hieße sie belügen. Sie belügen, heißt sie verraten. Es ist besser, unpopulär im Nützlichen als populär im Unnützlichen zu sein! Es gibt in der Welt eine starke Kriegsgefahr. Kein Land will auf seine nationale Souveränität verzichten, um eine internationale Souveränität zu schaffen.“ Auf eine Frage über die Beziehungen der Gewerkschaftsbewegung zur Sozialistischen Partei erklärt Jouhaux, daß er nicht Mitglied der Partei sei, aber im Interesse der Gewerkschaftsbewegung gleichzeitig die Interessen der Sozialistischen Partei mitverfechte.

Tarifkonflikt im Metallhandel.

Zur Beilegung des Tarifstreites (Lohn und Arbeitszeit) im Stahl-, Metall- und reinen Blechgroßhandel sowie im Handel mit Stabeisen, Trägern und Blechen fanden am Dienstag und Mittwoch im Reichsarbeitsministerium Nachverhandlungen statt. Es liegen zwei Schiedssprüche vor, die vom Schlichter Wissell gefällt wurden. Ein Teil der Unternehmer hat sie abgelehnt; die Arbeiter haben sie angenommen und die Verbindlichkeitserklärung beantragt.

Dr. Syrup Präsident der Reichsanstalt.

Zum Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist der bisherige Präsident der Reichsarbeitsverwaltung, Herr Dr. Syrup, ausersehen. Der Verwaltungsrat des Reichsamtes für Arbeitsvermittlung sowie der Reichsrat haben sich mit der Ernennung Syrups einverstanden erklärt. Die offizielle Ernennung wird in Kürze erfolgen.

Zum Konflikt im Mansfelder Kupferschieferbergbau.

Für den Mansfelder Kupferschieferbergbau finden am Donnerstag im Reichsarbeitsministerium Nachverhandlungen statt. Die Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt, die Arbeiter angenommen.

Wirtschaft

Zeichen der Ruhrkonjunktur.

Erhöhter Güterumschlag der Duisburg-Ruhrorter Häfen für die Eisenindustrie.

Der Umschlag in den Duisburg-Ruhrorter Häfen weist in den ersten sechs Monaten des Jahres 1927 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres im ganzen einen Rückgang auf. Der gesamte Güterumschlag betrug im ersten Halbjahr 1926 12 602 260 Tonnen. Im gleichen Zeitraum des Jahres 1927 nur 11 806 200 Tonnen, mithin 796 060 Tonnen oder 6,3 Proz. weniger.

Den Hauptumschlag weist, wie immer, die Kohle auf, auf die auch ein Teil des Rückgangs entfällt. Wie stark der englische Bergarbeiterstreik auf den Umschlag der Kohle in den Duisburg-Ruhrorter Häfen einwirkte, zeigt die vorliegende Statistik über den Güterumschlag im ersten Halbjahr dieses Jahres. Die gesamte Kohlenabfuhr einschließlich der Kohle, die vom Rhein-Herne-Kanal durch den Ruhrorter Hafen lief, betrug im ersten Halbjahr 1926 14 171 756 Tonnen, in demselben Zeitraum dieses Jahres 13 727 000 Tonnen, mithin weniger 444 730 Tonnen. Von der Kohlenabfuhr fallen auf die Duisburg-Ruhrorter Häfen 8 684 091 Tonnen, was gegenüber dem ersten Halbjahr 1926 mit 10 277 914 Tonnen einen Verlust von 1,6 Millionen Tonnen bedeutet. Der Rhein-Herne-Kanal dagegen weist gegenüber dem Vorjahr eine bedeutende Zunahme auf. Im ersten Halbjahr 1926 waren es 3,88 Millionen Tonnen; in diesem ersten Halbjahr dagegen 5,042 Millionen Tonnen, mithin ein Mehr von 1,15 Millionen Tonnen. Prozentual ist es so, daß die Duisburg-Ruhrorter Häfen gegenüber dem 1. Halbjahr 1926 15,5 Proz. verloren und der Rhein-Herne-Kanal 29,8 Proz. gewonnen hat. Das Jahr 1926 war durch den englischen Streik nicht nur für den Bergbau, sondern auch für die Kohlenverfrachtung ein Rekordjahr, und es ist ausgeschlossen, daß das Jahr 1927 denselben Umschlag in Kohle aufbringen wird wie das Jahr 1926.

Die Eisenerzanfuhr hat gegenüber dem ersten Halbjahr 1926 eine Steigerung erfahren. Es sind umgeschlagen worden 1,34 Millionen Tonnen gegenüber 924 000 im vorigen Jahr, mithin 45,9 Proz. mehr. Im vorigen Jahr war eine Verminderung der Erzeinfuhr eingetreten, die ihre Ursache in der Umschlagsmethode des Stahltrusts hatte. Nachdem eine Herabsetzung der Gebühren erfolgt ist, ist auch wieder eine Steigerung des Erzumschlages zu verzeichnen. Die Holzanfuhr ist ebenfalls gestiegen. 1926 wurden umgeschlagen 29 395 gegen 83 305 Tonnen im ersten Halbjahr 1927, mithin ein Mehr von 53 910 Tonnen oder 183,4 Proz. Danach hat es den Anschein, als ob der Duisburg-Ruhrorter Holzhandel sein Absatzgebiet, welches er in der Vorkriegszeit inne hatte, allmählich wieder zurückerobert. Allerdings ist durch die Hochkonjunktur im Wohnungsbau ein Mehrverbrauch von Holz vorhanden.

Auch bei Eisen und Eisenwaren sowie bei den sonstigen Gütern ist eine Steigerung des Umschlags eingetreten. Bei Eisen und Eisenwaren ist der Umschlag von 402 500 Tonnen im ersten Halbjahr 1926 auf 650 000 Tonnen im ersten Halbjahr 1927 gestiegen, also um 61,5 Proz. Bei den sonstigen Gütern sind umgeschlagen 871 903 Tonnen im ersten Halbjahr 1927. Im ersten Halbjahr 1926 betrug der Umschlag nur 765 551 Tonnen oder 13 Proz. im Jahre 1927 mehr.

Die Hotelbetriebs-A.-G. Berlin, die mit der Berliner Hotelgesellschaft verschmolzen wurde und die größten Hotels Berlins beherrscht, hat wieder mächtig verdient. Auf ihr eigenes (noch nicht das um 6 Mill. erhöhte Kapital) verteilt sie eine Dividende von 7 Proz. und gibt den Aktionären noch einen sogenannten Bonus von 4 Proz. als Extradividende hinzu.

An dem Einsturz der Oderbrücke bei Gartz will die ausführende Allgemeine Bau-A.-G. Berlin sehr große Verluste erlitten haben. Sie hat den Antrag auf Konkurseröffnung gestellt.

Die Lokomotivenbaufirma Maffei wird Aktiengesellschaft. In das Münchener Handelsregister ist jetzt die Lokomotiven- und Maschinenfabrik J. A. Maffei mit einem Kapital von 8 Millionen Mark als Aktiengesellschaft eingetragen worden. Es handelt sich bei Maffei um eine der ältesten deutschen Lokomotivenfabriken, deren Lage durch die mehrjährige Krise in der Lokomotivenindustrie ebenfalls schwieriger geworden war. In die neue Gesellschaft wurden die gesamten Anlagen und Beteiligungen der bisherigen Privatgesellschaft eingebracht.

Sport.

Huthanen besiegt Willing.

Der Länderwettstreit im Metropol-Varieté hat eine ganz wesentliche Bereicherung durch den Eintritt des ausgezeichneten Finnen Huthanen erhalten, der bereits gestern sein Können gegen den Berliner Willing zeigte. Durch die langen Ruhejahre etwas ruhiger geworden, zeigte er in dem kurzen Kampf gegen den Berliner — dem eine etwas unglückliche Rolle zuteil wurde, da er mit seinem gewandten Gegner nicht viel anfangen konnte — nur „zu wenig“, um ein Urteil über seine jetzige Form endgültig fällen zu können. Unter riesigem Beifall fiel schon nach 14 Minuten die Entscheidung zugunsten des Finnen. Der 50 Pfund schwerere Berliner mußte durch Ueberstürzer von vorn seine dritte Niederlage hinnehmen. Der Westfale Grunewald konnte einen beachtenswerten Erfolg verzeichnen. Durch verkehrten Armzug riß er nach 34 Minuten Kampfdauer den Dortmunder Meyerhanz auf beide Schultern. Gegen den Estländer Neström trat Pietro Scholz-Berlin in großer, guter Form an. Wie zu erwarten war, wurde dieses Treffen mit größter Erbitterung ausgetragen. Mit dem Willen zum Siege gaben sie ihr Bestes. Die Schlußstunde zwang zur Unterbrechung dieses schönen Kampfes. Ringzeit: 1 Stunde 20 Minuten. Das Urteil des Schiedsgerichts gegen Neström, der am Dienstag zum Einschreiten des Kampfleiters Anlaß gab, lautete auf eine erneute Verwarnung, von weiteren Schritten wurde Abstand genommen.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: O. Schindler; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Ausschneiden!
Rose-Theater
Gartenbühne, Gr. Frankfurter Str. 132
3 billige Tage
Vorzeiger dieses Ausschnittes zahlt für ausgezeichnete reservierte Plätze
Die lustige Witwe
Musik von Franz Lehar
Gültig für 1—4 Personen!
nur 60 Pfg.
Beginn des Konzerts und des bunten Teils nachm. um 5½ Uhr.
Dieser Gutschein gilt nur 3 Tage!

Photoapparate, Feldstecher
kaufen Sie gut und preiswert im
Photo-Spezialhaus Haller, Kottbuser Damm 98

Bevor Sie Tapeten kaufen!
müssen Sie die Ausstellung der Tapeten-Spezialfirma
Tapeten-Stahlke
Lindower Straße 5
im Ringbahnbogen am Ausgang Bahnhof Wedding, Untergrundbahn-Station Wedding gesehen haben.
4 Schaufenster lichtbeständige Tapeten
mit billigen Engrospreisen überzeugen.
Durch waggonweisen Engrosbezug 40% Ersparnis! — Der weiteste Weg lohnt!

Radio-Anlagen
ohne Anzahlung
nach 3 Monatsraten à M. 5.—
Ihr Eigentum
Ferner la Lautsprecher-Anlagen zu günstigsten Bedingungen liefert das Fachgeschäft
Radiotyp, BERLIN NW 40 Alt-Moabit 124
Tel. Moabit 9230 (gegenüber dem Kriminalgericht)

DiN

Juergens
Alexanderplatz

Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken
gegen Nachnahme gesetzl. gesch.
erfolgreich 45 Jahr. als Spezialität
Conrad Müller
Leipzig-Schkeuditz

Arbeiter, Angestellte und Beamte
sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, des Afabundes, des Allgem. deutschen Beamtenbundes und der Genossenschaftstage nur versichern bei dem eigenen Unternehmen der
Volksfürsorge
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Auskunft erteilt bzw. Material versendet kostenlos die Rechnungsstelle 1 Berlin S 42, Ritterstr. 126, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Holzhäuser liefert seit 25 Jahren Dickmann A.-G., W 57
Wochenendhäuser — Prospekte gratis!
Wald- u. Wasserparzellen-Nachweis.

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!